

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

25.3.1868 (No. 72)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 23. März.

N. 72.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung mit der Badischen Chronik nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühr eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 3 kr.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 11. März d. J. gnädigt geruht, den Bezirks-Bauinspektor Leonhard in Konstanz, unter Ernennung zum Bauverwalter, zur Bauinspektion zu versetzen und ihm deren Leitung provisorisch zu übertragen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit Entschliessung aus Großh. Staatsministerium vom 19. März d. J. geruht, den Gerichtsnotar Stoll in Konstanz in gleicher Eigenschaft zum Amtsgericht Weinheim zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Deutschland.

München, 21. März. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten beantwortete der Kultusminister die neuliche Interpellation des Abg. Dr. Streit bezüglich der Agitation gegen das Schulgesetz.

Der Regierung sei die Bewegung nicht entgangen, welche die Vorlage des betreffenden Gesetzes und früher schon die Vorbereitung desselben unter der katholischen Bevölkerung hervorgerufen habe, und welche neuerdings in den Adressen an die Kammer der Reichsräthe ihren Ausdruck gefunden hat. Beglaubigte Mittheilungen über die Bewegung, über unerlaubte Mittel, deren man sich bediente, und die Personen, die hierbei thätig waren, sind der Regierung bis zur Stunde nicht zugegangen. Die Mittheilungen beschränken sich auf Nachrichten der Blätter und auf die in der Reichsrathskammer bekannt gegebenen Adressen. Aus der Presse gehe hervor, daß sich die Kundgebungen nicht auf eine abweichende Meinung beschränken, sondern auf Erregung irrtümlicher Vorstellungen über das Schulgesetz. Die Regierung erachte es als eine unabwendbare Pflicht, hierüber amtliche Erhebungen zu veranlassen, wozu die Vorbereitungen bereits getroffen sind; ungesetzliches Vorgehen wird der Einschreitung nicht entgegen. Was den zweiten Theil der Interpellation anlangt, in wie weit es sich um Verletzung der Presse und der Verfassung handle, so wird die Regierung bei Würdigung des Ergebnisses der angeordneten Erhebungen und bei Bemessung des weiter anzunehmenden Verfahrens sich nicht von dem Unbedachten über den Widerspruch leiten lassen, der ihren dem Wohl des Landes geltenden, vom Gefühl der reinsten Vaterlandsliebe getragenen Absichten entgegensteht. Die Regierung wird der allseitigen Erörterung des Gegenstandes und der freien Meinungsäußerung über denselben nirgends Hindernisse bieten, so lange die gesetzlichen Schranken nicht überschritten werden, da nur auf dem Weg freier Diskussion der Erkenntnis des Guten freie Bahn bereitet werden kann. Die Regierung will die Gegner ihrer Propositionen von der Unsachlichkeit und Notwendigkeit derselben überzeugen und zu diesem Zweck die ihr zu Gebot stehenden Organe und Stellen in Anspruch nehmen.

### Der 21. März zu Wien.

Unter dieser Ueberschrift gibt die „N. Fr. Presse“ ein anschauliches Bild von dem Interesse, das die Bevölkerung Wiens an der Entscheidung des Herrenhauses über das Schulgesetz oder vielmehr über das Konkordat genommen hat, ein Bild, das selbst dem blindesten Auge klar machen muß, wie dieselbe von dieser unglücklichsten aller Beschlüsse, in die man den österreichischen Volksgesinnung gewährt hat, demt. Wir entnehmen dem Artikel Folgendes:

„Seit drei Tagen hielt die Gesetzes-Debatte im Herrenhause die Bevölkerung Wiens in einer Aufregung, welche, man kann wohl sagen, von Stunde zu Stunde wuchs; die Verhandlungen, welche in dem Saale in der Herrngasse geführt wurden, fanden ihr Echo auf den Straßen, in den öffentlichen Lokalen, ja in den Familienkreisen der Stadt; die überwiegende Majorität der Bevölkerung stand hinter den Kämpfern für die ministerielle Vorlage; die fernige Beweisführung des Majoritätsberichts wurde tausendfach wiederholt; wo man hinhörte, wiederhallten die gestählten Worte, welche Graf Auersperg gesprochen, oder fielen scharfe Klößen über die Reden, deren sich Graf Blome, Regierungsrath Dr. Arnolds, die Kardinal Schwazenberg und Kaiserlich schuldig gemacht, immer wieder aber wurde dazwischen der Name des unvergeßlichen Kaisers Joseph II. genannt; es war, als sei er von seinem Standbilde herabgestiegen und wandelte leibhaftig wieder unter uns. Seit dem Augenblicke, da Graf Blome so unbedacht den Namen des „Schäfers aller Menschen“ ausgesprochen, lebte in Jedermann die Erinnerung an den großen Kaiser wieder auf, und sein Name schwebte auf Aller Lippen. Gestern Abends bemächtigte sich der Bevölkerung der angstvolle Zweifel, ob das Majoritätsvotum auch die Majorität im Herrenhause haben werde. So kam der heutige Morgen heran und damit der Tag der Entscheidung.

Auf allen Gesichtern lag gespannte Erwartung, die Aufregung war, durch die Lektüre der Morgenblätter gesteigert, feierhaft geworden.

Je mehr aber die Regierung ihrerseits unwandelbar am Recht und Gesetz festhalten gedenkt, je mehr sie ihre Gegner achtet und daher auch die Achtung dieser in Anspruch nimmt, desto mehr wird sie unerlaubt und bösen Mitteln entgegenzutreten; Niemand wird die Handhabung von Repressalien erwarten; die Regierung wird aber, wo das Gesetz Schranken auferlegt, ihre Pflicht zur Einschreitung nicht versäumen. (Bravo.)

München, 23. März. Der Staatsvertrag zwischen Bayern und Sachsen-Meiningen über die Erbauung der Schweinfurt-Meininger Eisenbahn wurde vorgestern hier unterzeichnet.

München, 23. März. (A. Ztg.) Aus Anlaß der heutigen Sitzung des Staatsraths, welcher sämtliche Minister als Staatsräthe beizuwohnen hatten, hat heute keiner der Ausschüsse der Kammer Sitzung. Morgen werden diese darin wieder fortfahren, und nun das Schulgesetz, sowie das Vermarktungsgesetz an die Reihe kommen. Ueber den von der Kammer der Abgeordneten bereits angenommenen und nun der Kammer der Reichsräthe vorliegenden Gesetzentwurf, die Nothzivilrechte betreffend, liegt der Vortrag des Referenten Frhru. v. Schrenk bereits vor. Derselbe beantragt die Nothzivilrechte auf die Dissidenten unter sich zu beschränken. Mit dieser Beschränkung dürfte der Entwurf allseitige Annahme finden. Die Zollparlaments-Deputirten H. v. Schlor, Feustel, v. Stauffenberg, Marquardt, Barth, Schneider, Soper, Benzino, Böll, Crämer und Kester haben die Bildung eines Zollparlaments-Clubs beschlossen; regelmäßige Zusammenkunft in Berlin.

Darmstadt, 23. März. Definitiv als Abgeordnete zum Zollparlament sind gewählt: Metz, Bamberger, Kugler (national-liberal), Pfannebecker und Fabricius (liberal-konservativ).

Kassel, 20. März. Nach der „Hess. Volksztg.“ hat sich eine Theilnahme Traber's an der Herbeibringung oder Verbreitung der Aufrührerflugschrift nicht herausgestellt, und sollte seine fortwährende Haft in weiteren Nachforschungen in Betreff der Lobotengrüber-Prozesse bestehen.

Kassel, 23. März. (Wolf. Tel.-B.) Durch Mittheilungen eines aus Leipzig hieher zur Vernehmung geladenen Zeugen erfährt man in der Traber-Plaut'schen Unternehmung, daß als die eigentlichen Urheber der in Prag gedruckten Aufrührerproklamationen der Hof-Staatssekretär des frühern Kurfürsten, Prejer, und ein hoher Kabinetbeamter ermittelt sind. Prejer ist mit dem verhafteten Geschäftsführer der „Hess. Volksztg.“, Plaut, in Leipzig im Hotel Baviere zusammengetroffen, wo Beide unter den falschen Namen „Braun“ und „Bauer“ aus Darmstadt gewohnt haben. Von dort aus ist durch einen ermittelten Kohnbdiener die Verbreitung erfolgt. Man erwartet Ausdehnung des gerichtlichen Hochverrathsverfahrens auf das in Prag befindliche Hesperpersonal des Kurfürsten.

Schleswig, 20. März. (Kiel. Ztg.) Die Ernennung des Frhru. v. Zedlitz zum Regierungspräsidenten in Liegnitz, welche schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen war, ist jetzt vollzogen.

Berlin, 23. März. Die Rede, womit Sr. Maj. der König den Reichstag des Norddeutschen Bundes eröffnet hat, lautet vollständig:

Gedacht: Herren vom Reichstag des Norddeutschen Bundes! Zum

Lange vor 11 Uhr waren die zum Landhaus-Palais führenden Straßen mit Scharen von Leuten aus allen Ständen bedeckt, welche, brennend vor Ungeduld, zwischen Siegeszweigen und bangen Zweifel hin und wieder schwankend, der Stunde des Beginnes des parlamentarischen Kampfes entgegenharrten. Der Hof des Landhauses war dicht gedrängt vor bebäutenden Konkordatsgegnern, welche die Herren erwarteten. Als endlich die Vertreter des Ministeriums erschienen, wurden sie lautlos zwar, aber ehrerbietig begrüßt. Mit derselben Stimmung, aber verständnisvollen Demonstration wurden die liberalen Kapazitäten des Herrenhauses empfangen. Die überzeugungsfeste, siegesichere Meinung, welche oben im überrollen Hause herrschte, spann sich durch den Vorfall, die Treppe herab, durch den Hof wie ein über Telegraphendrähte laufender elektrischer Funke fort, und bald war: „Wir siegen!“ die Parole der Hoffenden und Hartenden. Jedes Wort, das oben gesprochen wurde, die Haltung der liberalen Redner, der Minister, der Bischöfe wurde unten getreulich reproduziert; man gedachte der rührenden Gestalt des großen Dichters Grillparzer, der trotz seiner Kränklichkeit ein zweiter Chatham, auf den Stod gestützt, in der Sitzung erschienen war, um auch diesmal seine Stimme zu geben für Das, was gut und recht ist.

Die ganze lange Zeit, welche die Verhandlung währte (von 11 bis halb 5 Uhr), wurde der Hof nicht leer; Diejenigen, welche ihr Berufswand, die Sitze zu verlassen, wurden alsbald durch Andere ersetzt — es war ein ewiges Kommen und Gehen, ein Fragen und Aufsuchen, wie es stets den Moment höchster Aufregung bezeichnet. Endlich hieß es, der Berichterstatter hat geendet, nun geht's an die Abstimmung. Athemlose Spannung; der Veräußerungsantrag fällt; der Minoritätsantrag mit glänzender Majorität abgelehnt! Welch ein Bild der aufrichtigsten Freude, des unverfälschten Entzückens! Ein Theil des Publikums eilte aus dem Landhaus, um die segensvolle Nachricht zu verkünden; in das Kaffee-Orientaleil stürzte ein Herr, das Gesicht bleich, die Augen flammend, die Lippen bebend, und er rufte: „Dierunddreißig sie, neunundsechzig wir, wir haben gesiegt!“

dritten Male begrüße ich Sie im Namen der verbündeten Regierungen, um in Gemeinschaft mit Ihnen den Ausbau der Verfassung des Norddeutschen Bundes fortzusetzen.

In Ihrer letzten Session haben Sie durch Herstellung organischer Einrichtungen die Grundlagen geschaffen, auf welchen nunmehr die Gesetzgebung des Bundes diesen weiteren Ausbau seiner inneren Einrichtungen zu bewirken hat. Die Gesetzentwürfe, welche zu diesem Zweck Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußnahme unterbreitet werden sollen, sind dem Bundesrath vorgelegt und zum Theil schon von demselben beraten worden. Das in Ihrer letzten Session begründete Institut der Freizügigkeit soll durch eine auf dem Grundsatze der Gewerbefreiheit beruhende Gewerbeordnung weiter entwickelt und durch Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Gleichstellung von einem seine Verwirklichung lähmenden Hemmnisse befreit werden. Ein Gesetz über die Quartierleistung im Frieden ist dazu bestimmt, die Militär-gesetzgebung des Bundes nach einer für die Interessen der Bevölkerung besonders wichtigen Seite zum Abschluß zu bringen. Die Regelung des Maß- und Gewichtswesens, welche in der vorigen Session dringenderen Aufgaben weichen mußte, wird in der gegenwärtigen zu Ihrer Beratung gelangen. Die Verhältnisse der Bundesbeamten bedürfen der gesetzlichen Regelung und werden den Gegenstand von Vorlagen bilden.

Ein Gesetzentwurf über das Schulwesen des Bundes wird Ihnen wiederum vorgelegt werden. Ich vertraue, daß die Bereitwilligkeit, mit welcher die verbündeten Regierungen in diesem Entwurf den von Ihnen bei der früheren Beratung gefaßten Beschlüssen entgegenkamen, von Ihrer Seite ein gleiches Entgegenkommen finden werde. Ueber die Lage der vormals schleswig-holsteinischen Offiziere, welche in der letzten Session Ihre Theilnahme in Anspruch nahmen, und über die Unterhaltung hilfsbedürftiger Familien der Ersatzreserve werden Ihnen Vorlagen zugehen. Die Besteuerung des Branntweins in den hoch-jollern'schen Landen und in dem zum Bund gehörenden Theil Hessens bedarf der Regelung, und mit dieser Regelung steht ein Vertrag in Verbindung, durch welchen der freie Verkehr mit Branntwein und Bier zwischen dem Bund und dem übrigen Theil Hessens hergestellt werden soll. Der Haushalts-Etat des Bundes für 1869 wird Ihnen vorgelegt werden. Die Schwierigkeiten, welche seiner Aufstellung in den ersten Monaten des Jahres entgegenstehen, haben dem Wunsch weichen müssen, Sie zu einer Zeit zu berufen, in welcher Sie sich Ihrer gewohnten Berufsthatigkeit mit den geringsten Defekten entziehen können.

Die Regelung des internationalen Postverkehrs auf Grundlage der in Ihrer letzten Session beschlossenen Gesetze ist weit vorgeschritten. Postverträge mit den süddeutschen Staaten, mit Desterreich, mit Luxemburg, mit Norwegen und mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind abgeschlossen und werden Ihnen vorgelegt werden; mit anderen Staaten sind sie dem Abschluß nahe und werden, wie ich hoffe, noch zu Ihrer Beratung gelangen. Ein mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossener Vertrag ist dazu bestimmt, die Staatsangehörigkeit der gegenseitigen Einwanderer zu regulieren und damit aus den Beziehungen zweier, durch Verkehrsinteressen und Familienbände eng verbundener Nationen keine Ursache von Zwistigkeiten entstehen zu lassen.

Im Einverständnis mit meinen Verbündeten habe ich Verhals Unterhandlung dieser Verträge und um die völkerrechtliche Stellung des Norddeutschen Bundes zur Geltung zu bringen, die in der Verfassung vorgesehene Vertretung des Bundes im Ausland hergestellt, und ist dieser Schritt zu meiner lebhaftesten Gemüthung allseitig in dem Geiste aufgefaßt und erwidert worden, aus welchem er hervorgegangen war. Er hat die freundschaftlichen Beziehungen gefördert und befestigt, welche zwischen dem Norddeutschen Bund und den auswärtigen Mächten be-

Als der Reichstanzler den Sitzungssaal verlassen hatte und den Hof durchschritt, da stürzte ein unheimlicher Mann auf ihn zu, häßig fragend: „Wie steht unsere Sache?“ — „Gut!“ antwortete Baron Beust. — „Ich danke!“ entgegnete der Mann. — „Ich danke gleichfalls!“ erwiderte der Minister. Sämtliche Minister und liberale Redner wurden, als sie die Sitzung verließen, von der nun immer mehr anwachsenden Menge, unter der wir Cavaliers, Finanziers, Militärs, Advokaten, Aerzte u. s. w. bemerkten, mit lautem Zuruf begrüßt. Als die mißliebigen Redner erschienen, wurden von Einzelnen Kundgebungen des Mißfallens verübt, dieselben aber von der überwiegenden Mehrzahl des Publikums mit dem Rufe: „Ruhe!“ zum Schweigen gebracht. Ueberhaupt betätigte das Publikum in seiner Haltung einen nicht genug anzuerkennenden Laft.

Minister Dr. Giska, mit vielstimmigem „Hoch!“ empfangen, war kaum im Stande, sich durch die von allen Seiten sich an ihn herandrängenden Scharen des begeisterungstrunkenen Publikums den Weg zu bahnen; halb getragen von der Menge, passierte er die Strauchgasse; am Hof anlangend, eruchte er die Hüteschwenkenden und immer wieder „Hoch!“ rufenden Männer, sich zu entfernen, und bestieg einen Fiaker; nun gingen einige der enthusiastisch Aufgeregten daran, die Pferde auszuspannen; der Minister schien einen Augenblick wie vom Blitze getroffen; dann aber sagte er, während Lobensblässe sein Gesicht bedeckte: „Ich bitte Sie, meine Herren, lassen Sie das.“

Viele Fenster der Häuser in der Herrngasse und den angrenzenden Gassen wurden, während die Redner für das Schulgesetz die letzten durchschritten, geöffnet und von Damenhänden zum Zeichen der allgemeinen Freude Lächer geschwenkt. Hoch Grillparzer! Hoch Halmer! Hoch Auersperg! Hoch Herß, Berger, Giska, Gablenz, Lichtensfels! Diese Zurufe erstreckten sich auf alle populären Abgeordneten, wie Kaiserfeld, Kuranda u. s. w., die von der Menge erkannt wurden. Die Worte der Seelen war zu groß, sie mußte ausbrechen in lauten Jubel! Nachmittags wurden in den Kaffees die Zeitungen verschlungen;

sehen, und deren Pflege und Erhaltung der Gegenstand meiner un-  
ausgesetzten Sorgfalt bleiben wird.

Ich darf daher der Ueberzeugung Ausdruck geben, das der Segen  
des Friedens auf den Anstrengungen ruhen werde, welche Sie der För-  
derung der nationalen Interessen widmen wollen, zu deren Pflege und  
zu deren Schutz das gesammte deutsche Vaterland sich verbündet hat.

**Berlin, 23. März.** Wie verlautet, hat Se. Maj. der  
König bei dem gestrigen Gratulationsempfang sich dem  
Staatsministerium gegenüber sehr huldvoll ausgesprochen.  
In Betreff der politischen Lage soll diese Ansprache die ent-  
schiedenste Zuversicht auf die Erhaltung des europäischen Friede-  
ns an den Tag gelegt haben. Eine feste Friedenszuversicht  
tritt auch aus den Schlussworten der heutigen Thronrede her-  
vor. — Allen gegentheiligen Behauptungen gegenüber bezeich-  
net man in den hiesigen politischen Kreisen den Besuch des  
Prinzen Napoleon in Berlin wiederholt als eine Befesti-  
gung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich  
und Deutschland. — Dem Vernehmen nach ist aus Anlaß  
des königlichen Geburtstags der Ministerpräsident Graf  
Bismarck zum erblichen Mitglieds des Herrenhauses ernannt  
worden. Die Armeekorps-Befehlshaber Generalleutnant  
v. Plonki, v. Boigis-Rheß, v. Tümping und  
v. Jastrów wurden gestern zu Generalen der Infanterie be-  
fördert, die als Divisionscommandeure fungirenden General-  
majore zu Generalleutnanten, und die als Brigadecommandeure  
fungirenden Obersten zu Generalmajoren. — Wie verlautet,  
sind drei altpreussische Beamte zu Landräthen für kurhessische  
Kreise ernannt, und zwar der Landrath v. Schrötter in  
Kulm für Hanau, der Landrath Senff v. Pilsach in  
Wreschen für Schmalkalden, und der Landraths-Amtsverweser  
in Heiderug, Assessor Kunisch v. Nichtsofen, für Meßrun-  
gen. Der bisherige Polizeirath Albrecht in Halle hat die  
Polizeidirektorstelle in Göttingen erhalten.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 21. März.** Sitzung des Herrenhauses.  
Ehegesetz, bezw. Konkordats-Debatte. Zweiter  
Tag.

Erster Redner ist Graf Hartig, der den Majoritätsantrag ver-  
theidigt. Er sucht nachzuweisen, daß die Annahme des Ehegesetzes  
die Regierung nur kräftigen könne.

Prof. Arndts für den Minoritätsantrag. Er bietet all sein Wissen  
und seinen ganzen Scharfsinn auf, um darzuthun, daß das Konkordat  
ein Staatsvertrag sei, der einseitig nicht geändert werden könne und  
dürfe, daß die Bestimmungen desselben über Ehesachen auch durchaus  
zweckmäßig und unanfechtbar seien, und daß es „gegen den politischen  
Anstand“ verstoße, während regierungstheilig im Rom über Mobilitä-  
tionen des Konkordats verhandelt werde, einen Ehevertrag wie den  
vorliegenden beschließen zu wollen. Am Schluß seiner Rede vergißt  
er sich so weit, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen, in-  
dem er das Haus warnt, auf Se. Maj. eine PreSSION zum Zweck  
eines „Vertragsbruchs“ zu üben.

H. M. Frhr. v. Gablenz hebt den schlimmen Eindruck hervor,  
den das Konkordat im Ausland gemacht, und wies auf das Beispiel  
Frankreichs hin, um darzuthun, daß die Kirche ohne Zwangsmittel  
Einkauf auf das Volk gewinnen könne.

Kardinal Fürst Schwarzenberg hält mehr eine mit Anekdoten  
gemischte Predigt, als eine parlamentarische Rede. Er fordert schließ-  
lich das Herrenhaus auf, sich wie eine Mauer um den Kaiser zu scha-  
ren, „um die Zerrüttung eines Vertragsbruchs von ihm abzuwehren.“

Fürst Salmsucht nachzuweisen, daß der Majoritätsantrag die  
Grundlage der Ehe schädige.

Hauptredner des Tages ist Graf Auersperg (der Dichter Ana-  
stasius Grün). Er verzichtet darauf, die Frage nach kanonischer und  
juristischer Richtung hin zu erörtern. Sie sei vor Allem eine eminent  
politische, eine Verfassungsfrage. Springer habe die neueste Geschichte  
Oesterreichs mit folgender Betrachtung geschlossen: „Der jammervolle  
Bankrott des Absolutismus hat den österreichischen Völkern das Selbst-  
bestimmungsrecht mehr geschert als die revolutionäre Gewalt des Jahres  
1848. Die österreichischen Völker tragen jetzt die freie, aber auch die  
volle Verantwortung für das Schicksal des Reichs; es ist ihr Ver-  
dienst, wenn dieses zu mächtiger Blüthe emporsteigt, aber auch nur  
ihre Schuld, wenn dies Bild der Zukunft dunkle Schatten wirft.“  
An diese Worte anknüpfend spricht der Redner seine Ansicht aus, daß  
Oesterreich seit 1848 und 1849 prinzipiell ein konstitution-  
eller Staat sei. Das parlamentarische Leben sei nur unterbrochen  
durch das bekannte Decennium von 1851—1861. Der Abschluß

der der Sitzung beigewohnt hatte, wurde nicht fertig, Rede zu stehen  
darüber, wie der und jener Herr gesprochen, geblickt, sich gehalten, das  
Resultat der Abstimmung aufgenommen; immer wieder von neuem  
wollten die Leute die Kunde hören, wie Einer, dem ein so großes Glück  
von dem Himmel geschenkt worden, daß er an den wahren und wirk-  
lichen Besitz desselben kaum glauben kann.

Schon um 5 Uhr Abends war das Resultat der Abstimmung allent-  
thalben bekannt. Man wußte auch von den Ovationen, welche den Mi-  
nistern bereitet worden waren. Ueberall bildete die Herrenhaus-Debatte  
den ausschließlichen Gegenstand des Gesprächs. Einer gratulirte dem  
Andern zu dem für Alle so freudigen Ereignisse. Allen schien jedoch  
etwas zu fehlen, eine große allgemeine Demonstration, welche den Zu-  
belang würdig abschließen sollte. Die Idee einer festlichen Illumination  
entstand auch nicht dem Kopfe eines Einzelnen. Der Gedanke wurde  
in tausend Köpfen zugleich geboren, und die Spontaneität war auch  
der hervorsteckendste Charakterzug der Illumination, welche beim Ein-  
tritte der Dunkelheit die Stadt und Vorstädte erhellte.

So schnell die Idee aufgetaucht war, so schnell pflanzte sie sich auch  
fort. Um halb 7 Uhr hieß es plötzlich, Wien werde illuminiert, und  
um 7 Uhr stammten die Freudenzeichen bereits auf. Das Herz Wiens,  
die innere Stadt, füllte die Freudenzeichen zuerst und am intensi-  
ven. Hier war die Beleuchtung eine allgemeine, und nur die öffent-  
lichen Gebäude, sowie die Häuser der „toten Hand“, der Domhof, das  
Michaelerhaus u. s. w., bildeten dunkle Lücken in den lichten Häuser-  
zeilen. Das Thor des erzbischöflichen Palais in der Bischofsplatz war  
geschlossen, das ganze Haus schien ausgestorben, und „die Ruhe des  
Friedhofes“ wurde durch etwelche Jurne nicht gestört.

Die Beleuchtung war überall gleichmäßig durch Kerzen und Lampen  
hinter den Fenstern hergestellt. Zu besonderer Transparenz fehlte die Zeit;  
doch die fehlende Pracht wurde durch den Charakter  
einer echten, nicht angelegten und nicht befohlenen Volksdemonstration  
reichlich aufgewogen. Uebrigens that auch die Stimmung der Men-

schichten, welche sich durch die Gassen drängte, das Ihrige, um der  
improvisirten Feier das notwendige Relief zu geben. Die Stimmung  
war unbeschreiblich eine freudige. Das bewies auch die lauten Aus-  
brüche, welche am längsten und stärksten auf dem Josephsplatz erklangen.  
Die Mienen des großen Kaisers erzielten hier eine glänzende Satisfaktion.  
Zwischen halb 11 und halb 12 Uhr durchzogen noch Wassenzüge von  
mehreren Tausenden, einem gegebenen Schlagworte gehorchend, die  
Straßen der Stadt, um einzelnen Ministern und dem Grafen Anton  
Auersperg Hochs zu bringen. Von Gisra ging der Zug in die Kärnt-  
nerstraße zu Auersperg, welcher vom Fenster aus auf wiederholte tau-  
sendstimmige Rufe das Wort ergriff. „Ich finde“, sagte er, „keine  
Worte vor Ahrung und Dankbarkeit, welche mir das edle Volk von  
Wien für die Verteidigung einer edlen Sache zu Theil werden läßt.“  
Von der Kärntnerstraße ging der Zug wieder auf den Judenplatz zum  
Ministerium des Innern, wo Gisra neuerdings begrüßt wurde, und  
von da auf den Graben, wo Herbst, stürmisch gerufen und begrüßt,  
einige Worte des Dankes sprach.

Von der Stadt aus pflanzte sich die freudige Bewegung in die Vor-  
städte langsam, aber nachhaltig fort. Die Ringstraße, das Mittelglied  
zwischen Stadt und Vorstädten, trat der Ausbreitung der Beleuchtung  
etwas störend in den Weg. Aber auch im elegantesten Quartier fehlte  
es nicht an lauten Kundgebungen. Vor dem Heinrichshofe wurde der  
Kulturminister Gajner von einer stürmischen Menge so lange gerufen,  
bis er sich zeigte und folgende Worte an das aufstrebende Volk rich-  
tete: „Ich danke Ihnen, meine Herren; ich habe mein Möglichstes ge-  
than und werde auch fernhin bestrebt sein, im Interesse und für das  
Wohlf des Volkes zu wirken.“

Auch in den Vorstädten tauchten die Lichtlein lustig auf, und die  
Beleuchtung pflanzte sich von den Hauptstraßen fort in abgelegene Gas-  
sen und Gäßchen, in dunkle Hofräume, wo vielleicht noch nie zuvor  
eine Illuminationserleuchtung hat. Das Kartheater war natürlich  
nicht zurückgeblieben. Morgen jedoch wird dieses Theater besonders fest-  
lich beleuchtet werden.“

Redner kritisiert dann das Gebahren der päpstlichen Kurie, welche  
trotz jenes ihr wohlbekannten Manifestes den Moment der Konvul-  
sionen, der Bedrängnisse, der Verwörung des Staats benützte, um sich  
ein neues Stück weltlicher Herrschaft zu erobern. Indem er daraus  
eine geringe Meinung von der oberweltlichen Moral jenes obersten  
Verichtshofs für sittliche Weltordnung schöpft, kommt er auf die Ge-  
neß des Konkordats. Nach den Erörterungen des Jahres 1848  
hätte man denken sollen, in der Schule und im Unterricht werde das  
Mittel gesucht werden, ein freieres Staatsleben zur Entfaltung zu  
bringen. Allein da kam man und bot aus dem kirchlichen Arznei-  
schlage ein Mittel an, dessen offizielle Ordinationsformel das „Konkordat“  
hieß. Wer wird es leugnen, daß eine gründliche sittliche Erzie-  
hung, ein tief eingewurzelt religiöses Bewußtsein auch gewiß gute  
Staatsbürger bildet! Allein das Arzneimittel hat das Eigenthümliche,  
daß es nur hilft, wenn es freiwillig genommen wird; wenn Männer  
des politischen Vertrauens den Patienten festhalten müssen, um ihm  
die Arznei einzusößen, dann wirkt es sicherlich nicht.“ (Bravo.)

Redner kritisiert dann das Gebahren der päpstlichen Kurie, welche  
trotz jenes ihr wohlbekannten Manifestes den Moment der Konvul-  
sionen, der Bedrängnisse, der Verwörung des Staats benützte, um sich  
ein neues Stück weltlicher Herrschaft zu erobern. Indem er daraus  
eine geringe Meinung von der oberweltlichen Moral jenes obersten  
Verichtshofs für sittliche Weltordnung schöpft, kommt er auf die Ge-  
neß des Konkordats. Nach den Erörterungen des Jahres 1848  
hätte man denken sollen, in der Schule und im Unterricht werde das  
Mittel gesucht werden, ein freieres Staatsleben zur Entfaltung zu  
bringen. Allein da kam man und bot aus dem kirchlichen Arznei-  
schlage ein Mittel an, dessen offizielle Ordinationsformel das „Konkordat“  
hieß. Wer wird es leugnen, daß eine gründliche sittliche Erzie-  
hung, ein tief eingewurzelt religiöses Bewußtsein auch gewiß gute  
Staatsbürger bildet! Allein das Arzneimittel hat das Eigenthümliche,  
daß es nur hilft, wenn es freiwillig genommen wird; wenn Männer  
des politischen Vertrauens den Patienten festhalten müssen, um ihm  
die Arznei einzusößen, dann wirkt es sicherlich nicht.“ (Bravo.)

Redner kritisiert dann das Gebahren der päpstlichen Kurie, welche  
trotz jenes ihr wohlbekannten Manifestes den Moment der Konvul-  
sionen, der Bedrängnisse, der Verwörung des Staats benützte, um sich  
ein neues Stück weltlicher Herrschaft zu erobern. Indem er daraus  
eine geringe Meinung von der oberweltlichen Moral jenes obersten  
Verichtshofs für sittliche Weltordnung schöpft, kommt er auf die Ge-  
neß des Konkordats. Nach den Erörterungen des Jahres 1848  
hätte man denken sollen, in der Schule und im Unterricht werde das  
Mittel gesucht werden, ein freieres Staatsleben zur Entfaltung zu  
bringen. Allein da kam man und bot aus dem kirchlichen Arznei-  
schlage ein Mittel an, dessen offizielle Ordinationsformel das „Konkordat“  
hieß. Wer wird es leugnen, daß eine gründliche sittliche Erzie-  
hung, ein tief eingewurzelt religiöses Bewußtsein auch gewiß gute  
Staatsbürger bildet! Allein das Arzneimittel hat das Eigenthümliche,  
daß es nur hilft, wenn es freiwillig genommen wird; wenn Männer  
des politischen Vertrauens den Patienten festhalten müssen, um ihm  
die Arznei einzusößen, dann wirkt es sicherlich nicht.“ (Bravo.)

Redner kritisiert dann das Gebahren der päpstlichen Kurie, welche  
trotz jenes ihr wohlbekannten Manifestes den Moment der Konvul-  
sionen, der Bedrängnisse, der Verwörung des Staats benützte, um sich  
ein neues Stück weltlicher Herrschaft zu erobern. Indem er daraus  
eine geringe Meinung von der oberweltlichen Moral jenes obersten  
Verichtshofs für sittliche Weltordnung schöpft, kommt er auf die Ge-  
neß des Konkordats. Nach den Erörterungen des Jahres 1848  
hätte man denken sollen, in der Schule und im Unterricht werde das  
Mittel gesucht werden, ein freieres Staatsleben zur Entfaltung zu  
bringen. Allein da kam man und bot aus dem kirchlichen Arznei-  
schlage ein Mittel an, dessen offizielle Ordinationsformel das „Konkordat“  
hieß. Wer wird es leugnen, daß eine gründliche sittliche Erzie-  
hung, ein tief eingewurzelt religiöses Bewußtsein auch gewiß gute  
Staatsbürger bildet! Allein das Arzneimittel hat das Eigenthümliche,  
daß es nur hilft, wenn es freiwillig genommen wird; wenn Männer  
des politischen Vertrauens den Patienten festhalten müssen, um ihm  
die Arznei einzusößen, dann wirkt es sicherlich nicht.“ (Bravo.)

„Das Schutz- und Trutzbündniß von Staat und Kirche zur Ausbeu-  
tung der gegenseitigen Interessen unter gleichzeitiger Hülfeleistung halte  
ich für ein unmoralisches, darum für beide Theile nachtheiliges und  
schädliches. Der Staat kann nicht handlangender Sakristan  
sein, und die Kirche kann nicht Constabler oder Polizeibediener  
werden.“ (Bravo! Bravo!)

Graf Auersperg bespricht die Erfolge des Konkordats. „Man  
sagt freilich, und es klingt fast humoristisch: Hätte man das Konkordat  
70 Jahre bestehen lassen, da hätte man seine Wunder sehen können.“  
(Heiterkeit.) Allein wir haben an 12 Jahren vorläufig genug. (Große  
Heiterkeit.) Ist das österreichische Staatsbürgerthum gehoben und ge-  
kräftigt worden? Ich kann nur sagen, was ich an mir selbst erlebt  
habe. Als ich diesen Vertrag bald nach seinem Inleben treten las,  
jene Stellen, in welchen aus päpstlicher Gnade unserm Landesherren  
Rechte zugestanden und Handlungen gestattet wurden, die er von seinen  
Ahnen ererbte und überhaupt längst ausgeübt hatte, da empörte sich  
dann doch mein patriotisches Gefühl und mir kam es vor wie ein ge-  
drucktes Canossa (Beifall, große Bewegung), in welchem das  
Oesterreich des 19. Jahrhunderts für den Josephinismus des 18 Jahr-  
hunderts in Ead und Ahe zu büßen hatte. (Beifall.)

Meine Herren! Fragen Sie sich selbst und geben Sie sich redlich  
und offen Antwort darauf. Ist der Vertrag heutzutage und auf dem  
Punkt, auf dem die Dinge stehen, wirklich noch haltbar? Wo ist  
der Staatsmann, der es unternimmt, ihn zu halten, und wo ist ein  
Oesterreich, das ihn zu tragen vermöchte? Wenn irgendwo, so gilt  
gegenüber dem hartnäckigen Festhalten an dem Konkordat Dasjenige,  
was von dem Schein Ehylosd's gilt, nur ist in diesem Fall das Messer  
schon angelegt, nur daß das zuckende, blutende Stiel Leben noch nicht  
herausgeschmitten ist. Auch mir widerstrebt es, in diesem Moment der  
Bedrängniß des schwindigen greisen Oberhauptes der Kirche einem  
möglichen Konflikt entgegenzugehen. Allein von uns ist dieser Augenblick  
zur Verhandlung nicht gewählt worden, er datirt weit, weit zurück,  
und ich habe, vor sechs Jahren, glaube ich, an dieser Stelle von einem  
Herrn, der jetzt nicht mehr am Ministerisch sitzt, die Auskunft erhal-  
ten, es seien ja Verhandlungen im Zuge. (Heiterkeit.)

Ausführliche Erläuterungen über die Grenzen von Staat und Kirche  
übergehend zitiren wir noch folgende Sätze des Redners: Es ist gestern,  
an dem Namenstag des großen Joseph, hier in feierlicher Weise  
das Fest gefeiert worden. Der große Ohm unseres regierenden Kaisers  
hat hier eine Anfeindung erfahren, die in diesem hohen Hause noch  
nicht erhört ist. Mir schien, sein Schatten sei durch diese Klänge ge-  
schritten und habe seine ganze Größe gezeigt, indem er den Segnern  
seiner Ideen noch heute Zittern und Zähefährnisse verursacht. (Bravo!)

Ich aber freue mich, daß meine Wiege auf österreichischem Boden ge-  
standen ist, um es zu verstehen und zu wissen, was Kaiser Joseph dem  
Volk noch heutzutage gilt, dem Landmann, dem Bürger, der ganzen  
Bevölkerung. (Lebhafter Beifall.) Darum Ehre seinem Andenken  
und seinem Namen! (Beifall!) Und was die große Kaiserin Maria  
Theresia betrifft, so ist sie denn doch nicht so anti-josephinisches Geistes  
gewesen, als gestern angedeutet wurde; es ist von ihrem Geist, von  
ihrem großen Geiste wohl viel auf ihren großen Sohn übergegangen.  
Die Geschichte erzählt uns, daß, als im Jahr 1753 das Edikt wegen  
Verminderung der Feiertage erlassen war und auch damals eine  
große Agitation unter dem Vorwand der Gefährdung des christlichen  
Gefühls stattfand, sie die Neuanten einfach im Schloß Greifenstein  
einperren ließ. (Große Heiterkeit.) Meine Herren! Die Kirche ist  
groß geworden in ihrem Ursprung, nicht mit, sondern gegen die  
Staatsgewalt. (Bravo!) Auf dem Boden, wo sie ihre große apostoli-  
sche Mission allein vollführen kann, auf den Stelle sie sich. Wirte sie  
auf diesem Boden aus ihrer vollen Ueberzeugung mit ihrer eigenen  
Kraft, und sie wird dann wirklich von der Liebe der Gläubigen um-  
geben sein und das werden und bleiben, was sie nach Montalembert's  
Worten sein soll: eine Mutter! (Bravo! Bravo!) Dazu braucht sie  
aber nicht Vorrechte und Privilegien, die irrtümlicher Weise als ihre  
Freiheit geschildert worden sind. Die Freiheit für den Staat,  
gesunde Freiheit für alle Kirchen im Staat: das wird es  
für Staat und Kirche von der Freiheit heißen: „In hoc signo vinces“,  
(Lebhafter Beifall.)

Unter dem Eindruck dieser Rede beantragte Graf Bienenburg  
Schluß der Debatte, die auch mit 64 Stimmen gegen 48 angenom-  
men wurde. Von der andern Seite wurde nun Schluß der Sitzung  
verlangt und angenommen. Morgen wird außer den Wortführern der  
Majorität und der Minorität der Kommission noch von jeder Seite  
ein Redner das Wort nehmen: von der liberalen Schmeißing, von der  
klerikalen Leo Thun.

**Wien, 22. März.** Nach Inhalt der neuen Finanz-  
vorlagen — um mit den Worten derselben zu reden  
— „die gesammte fundirte allgemeine Staatsschuld in eine  
nicht rückzahlbare fünfprozentige, mit einer fixen, keiner Ver-  
änderung unterliegenden Einkommensteuer von 12 Prozent  
belastete, also eine reine Rente von 4/10 Prozent abwerfende  
Schuld umgewandelt“. Diese Umwandlung wird durch die  
Ausfolgung neuer Obligationen bewerkstelligt, und zwar: Für  
je 100 fl. fünfprozentiger Metalliques oder der übrigen mit  
5 Prozent Konv.-Münze in Papier verzinslicher Obligationen  
100 fl.; für alle andern in Konv.-M. Papier verzinslichen,  
nicht verlosbaren Obligationen jener Betrag, der im Ver-  
hältniß ihres Zinsfußes zu jenem der fünfproz. Metalliques  
entsfällt, für je 100 fl. fünfprozentiger österr. Währ. 95 fl.,  
für je 100 fl. fünfproz. österr. Währ. vom Jahr 1866 102 fl.  
50 kr., für je 100 fl. Rationalanlehen 100 fl., für je 100 fl.  
des Anlebens aus der Couponsverwertung des Anlebens  
vom Jahr 1851 der englischen Anlehen 115 fl., für je  
100 fl. des Silberanlebens vom Jahr 1864 110 fl., für je  
100 fl. des Silberanlebens vom Jahr 1865 115 fl. Alle  
hier nicht besonders aufgeführten Staatsobligationen —  
speziell auch die Lottaanlehen — unterliegen der Konvertir-  
rung nicht.

**Graz, 22. März, Abends.** Graz improvisirt so eben aus  
Freude über das Votum des Herrenhauses gegen das Kon-  
kordat eine Illumination.

**Schweiz.**  
**Bern, 23. März.** Wie man vernimmt, wird nach dem  
Abschluß des Postvertrags mit Deutschland sofort die Wieder-  
aufnahme der Unterhandlungen über den Handelsver-  
trag mit dem Zollverein und die Einleitung von Ver-  
handlungen über den Postvertrag mit Oesterreich und  
Holland von Seiten des Bundesraths erfolgen.

**Büsch, 23. März.** (Sch. W.) Der zweite Wahlgang

für den Verfassungsrath gab in der Stadt Zürich der Regierungspartei den Sieg, doch wurde Dr. Kocher daselbst und in Wiedikon gewählt. Im Uebrigen herrscht im Kanton große Spaltung. Viele Wahlen unentschieden. Ruhigere Stimmung bemerkbar, wohl bald herrschend.

### Italien.

**Rom, 18. März.** (Köln. Ztg.) Die Befürchtungen eines diplomatischen Bruchs zwischen Rom und Wien sind verschwunden. Graf Crivelli wird in Rom bleiben, aber die offizielle Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben ist auf's unbestimmte hinausgeschoben worden. Der heil. Vater hat eine Kommission zur Revision des Konkordats ernannt. Während diese Kommission mühsam arbeitet, kommt die österreichische Regierung derselben zuvor, indem sie selbständig die Frage der gemischten Heirathen und Schulen entscheidet. Das Werk der Kommission ist so im voraus zur Ohnmacht verdammt und wird überflüssig und nutzlos; indessen arbeitet sie doch beständig weiter. Der Papst hat den Grafen Crivelli in Privataudienz empfangen, ihm ohne Umschweife das tiefe Mißvergnügen bargezeigt, welches das Benehmen der österreichischen Regierung ihm bereitet.

**Rom, 23. März.** Die Brigade Botheri erhielt den Befehl zur Rückkehr nach Frankreich. Zur Einschiffung der Truppen sind vier Transportschiffe in Civita-Vecchia angekommen. Die zurückbleibende Brigade Raoul wird in Civita-Vecchia konzentriert werden. Zwischen Antonelli und dem amerikanischen Admiral Farragut hat eine Unterredung stattgefunden.

### Frankreich.

**Paris, 23. März.** Der „Moniteur“ veröffentlicht heute das Gesetz, welches das Jahreskontingent für 1868 auf 100,000 Mann festsetzt. Ebenso ein Dekret, welches den Beitritt der asiatischen Türkei zu der internationalen Telegraphenkonvention von 1865 anzeigt. — Der „Constitutionnel“ überlegt die Nachricht der „Indep. Belge“, daß der Kaiser Napoleon eine Reise nach Berlin und St. Petersburg beabsichtigt. Dasselbe Blatt meldet ferner:

Es war das Gerücht von einer gewissen Aufregung verbreitet, die bei der Vornahme der Revision für die mobile Nationalgarde in dem Eindeparterment stattgefunden hätte. Man hat dieses Gerücht bereits widerlegt. Die Nachrichten, die uns aus Secaur zukommen, melden, daß die Revision daselbst unter wirklicher Begeisterung und dem Rufe: Vive l'Empereur! Vive la mobile! vor sich gegangen ist. Die Gesuche um Befreiung vom Dienst in den mobilen Nationalgarde betragen nur 2/3 Proz. und wurden sämmtlich genehmigt.

Prinz Napoleon ist hieher zurückgekehrt. — In Bordeaux fand vorgestern eine neue Manifestation aus Veranlassung der Revision der Nationalgarde statt. Es bildeten sich Volkshaufen, welche eine rothe Fahne trugen. Dieselben waren mit Stöcken bewaffnet, von welchen sie beim Zusammenstreffen mit den Polizeikommissären Gebrauch machten. Zuletzt mußte die Gendarmerie interveniren. Ein Polizeiaгент wurde verwundet. Unter der Bevölkerung ist die Ruhe wieder hergestellt. — Graf Duant-Witterath-Johny wurde gestern vom Kaiser empfangen, um demselben seine Beglaubigungsschreiben als außerord. Gesandter und Bevollmächtigter des Königs von Bayern zu überreichen.

Der „Patrie“ zufolge wäre heute Morgen ein Telegramm in Paris angekommen, welches gemeldet, der Bey von Tunis habe die Dekrete wegen Konversion und Unifikation der Staatschulden, welche einen so großen Eindruck auf dem französischen Markt gemacht hätten, zurückgezogen. Außerdem habe der Bey beschlossen, daß eine Kommission gebildet werden sollte, welche mit dem Schutz der Interessen der Gläubiger beauftragt wird. — Die Angelegenheit der 10 Blätter, welche wegen unerlaubter Berichterstattung der Kammerverhandlungen zu je 1000 Fr. Geldbuße verurtheilt worden waren, wird am nächsten Donnerstag im Appellationsgericht vorkommen. — Die Abendblätter melden, daß in Neuves aufrührerische Plakate in den Straßen angeheftet und in Umlauf gesetzt worden sind. Drei junge Leute, welche man als die Verfasser dieser Plakate erkannt hat, sind verhaftet worden. — Rente 69.20, Cred. mob. 267.50, ital. Anl. 47.50.

**Paris, 23. März.** Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 23. März.

In der heutigen Sitzung erstattete Hr. Fremy Bericht über den für Algerien verlangten Supplementarkredit von 2 Millionen. Er spricht sich von Anfang an dahin aus, daß dieser gegenwärtige Kredit vielleicht nicht einmal der letzte sein dürfte, den sich die Regierung gewöhnen sehen werde, für diesen Zweck zu fordern. Es seien noch für 6 Monate 24,000 Rothschilden in Oran, 23,000 in der Provinz Constantine, und etwas weniger in der Provinz Algier zu unterstützen. Die Ernte lasse sich glücklicher Weise gut an. Der Wiederkehr solcher Katastrophen könne aber nur durch die einschichtigste und ausdauernde Arbeit der Eingebornen vorgebeugt werden. Die Kommission empfiehlt die Annahme der Vorlage. J. Favre hebt hervor, daß das materielle Leben nicht das einzige Uebel der Kolonie sei. Das Militärregiment, die Beibehaltung des arabischen Stammeswesens, der Mangel einer freien Presse und einer politischen Vertretung trage ebenfalls zum Nothstand dieses Landes bei. Die Opposition stimmt für die Vorlage, aber mit einem Protest gegen die bisher in Algerien befolgte Politik. Staatsrath Farez meint, der Augenblick sei schlecht gewählt zu solchen Ansuchen und Protesten; man möge sie in der Subjektifikation vorbringen. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Hr. Peyrusse bringt den umgearbeiteten Art. 9 des Versammlungsgesetzes ein. Zwei von Glais-Bizoin und von M. Richard eingebrachte Interpellationsgesuche sind von den Bureaus nicht genehmigt worden. Der neue Art. 9 setzt die Geldstrafen herunter, beschränkt die Verantwortlichkeit der 7 Unterzeichner, und hebt die Strafen gegen diejenigen auf, welche sich von dem Gegenstand der Diskussion entfernen. Die Verhandlungen über diesen Artikel werden nächsten Mittwoch stattfinden. Die Versammlung zieht sich hierauf in die Bureaus zurück, um die Mitglieder der Subjektionskommission zu ernennen.

### Portugal.

**Lissabon, 22. März.** Die Wahlen in Lissabon haben

in einem friedlichen Sinne stattgefunden. Die Regierung hat den Sieg davongetragen. Man versichert, in Villaviciosa und in Porto Saia seien Unruhen ausgebrochen.

### Niederlande.

**Haag, 23. März.** Zweite Kammer. Der Antrag Bluffe's wird mit 39 gegen 34 Stimmen angenommen. Bluffe zeigte an, daß er eine Adresse an den König beantragen werde.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 22. März.** Generaladjutant Timaschew, bisher Post- und Telegraphenminister, ist zum Minister des Innern ernannt. Der frühere Minister des Innern, Walujeff, ist Mitglied des Reichsraths geblieben und hat den Alexander-Newsky-Orden in Brillanten erhalten.

### Großbritannien.

**London, 23. März.** Die „Times“ hat folgende Depesche aus Antalo, 8. März: Der Vortrag erreichte Antalo zwanzig Meilen nördlich von Aschangi. Die Straßen waren die schlechtesten, Alles aber gesund. Theodor erwartet die Engländer angeblich auf dem verschanzten Plateau von Talanta.

**London, 24. März.** Im Unterhaus brachte gestern Gladstone den Antrag ein, daß die irische Staatskirche als Einrichtung aufgehoben solle, und daß die Rechte der Königin, in der Befolgung des Klerus, auf das Parlament übertragen werden sollen. Pakington legte das Kriegsbudget vor, das 14 Mill. Pfd. St. beträgt, bei einer Stärke von 127,530 Mann.

### Amerika.

**Neu-York, 23. März.** (Neut. Office.) Die demokratische Konvention von Neu-York hat sich verammelt. Horatio Seymour sprach sich gegen die Bondsbezahlung in Papiergeld aus.

**Washington, 23. März.** (Neut. Office.) Heute fand vor dem Senats-Gerichtshof die Verhandlung der Anklage wider den Präsidenten Johnson statt. Der Vertheidiger bestritt die Richtigkeit aller Anklagepunkte und bat sich eine Frist von 30 Tagen zur Vorbereitung auf den Prozeß aus, was jedoch mit 41 gegen 12 Stimmen abgelehnt ward.

### Baden.

**Karlsruhe, 20. März.** (Warte.) Der Jahresbericht des evang. Schullehrerseminars dahier für das Schuljahr 1867/68 theilt mit, daß sich gegenwärtig 57 Zöglinge in der Anstalt befinden, 49 evangelische und 8 israelitische. Davon sind in der obern Abtheilung 28. Der dreijährige Seminarurs wird erst im nächstfolgenden Frühjahr die Wirkung haben, daß der zweite Jahrgang noch nicht entlassen wird, da die am 1. März 1867 eingetretenen zu drei Jahreskursen verpflichtet sind. Der Jahresbericht hofft, daß die bewilligte Beförderung der Lehrer auch den Seminaristen eine größere Anzahl begabter junger Leute zuführen werde.

**Mannheim, 20. März.** (Schw. M.) Es ist gegenwärtig im Werk, eine große Brodfabrik für hiesige Stadt zu errichten, welche das Brod zu bedeutend billigerem Preise liefern soll. — In der letzten Zeit ziehen eine Menge Auswanderer nach Amerika hier durch, meistens Borsalberger und Tyroler. Der Zubruch zu den Auswandererschiffen ist so groß, daß dieselben oft einige Tage warten müssen, bis sie der alten Heimath den Rücken kehren können.

**Mannheim, 23. März.** Aus Anlaß des Pferdemarktes sind außer vielen babischen und auswärtigen Offizieren ziemlich viele Kaufleute aus dem Ausland hier eingetroffen, und es werden auch ziemlich viele Käufe geschlossen, worüber jedoch erst morgen Sicheres mitgeteilt werden kann. Heute früh erfolgte die Prämierung der besten Pferde und Nachmittag ihr Zug durch die Stadt.

Gestern Nacht brannte das Gas so schlecht, daß im Theater Desampnen angezündet wurden, um — dasselbe zu sehen. Wiederholte Untersuchungen in die Gasfabrik, die Verunglückung des Oberbürgermeisters und des respizirenden Stadtraths brachten so wenig Besserung, daß man kaum die Personen im Hörsaal sehen, und daß kaum die Gegenstände auf der Bühne sich wirksam zeigen konnten. Das Theaterkomitee verordnete schließlich durch den Inspektor der Oper — es wurde gerade „Lammkäse“ gegeben — keine Anschlag an dem Vorgang, und gegen Schluß der Vorstellung that endlich die Gasleitung nothdürftig ihre Wirkung.

**Tauberhofsheim, 23. März.** (Taub.) Bei der am 18. v. erfolgten Nachwahl eines Abgeordneten zum Kollparlament für den 14. Krems-Wahlbezirk erhielt Hr. Staatsrath Lamey 6800, Dr. Biffing 10,558 Stimmen, 96 gesplitterten sich. Biffing ist somit gewählt. Es wurden diesmal 17,454 Stimmen abgegeben (bei der ersten Wahl 17,974).

**Bühl, 22. März.** Gegen die Verfügung des Großb. Bezirksamts Bühl, durch welche die Abhaltung einer Volksversammlung dahier verboten wurde, hat Hr. Jakob Lindau Beschwerde bei höherer Behörde erhoben. Diefelbe wurde jedoch (nach der „Heidelb. Ztg.“) von dem Großb. Ministerium des Innern als unbegründet zurückgewiesen.

**Freiburg, 23. März.** (Oberb. Kur.) Gestern hatte die Konsekration des Hrn. Generalvikars und Domdekan's Kubei statt. Die Bischöfe von Mainz, Basel und St. Gallen wirkten bei der Feier mit.

### Vermischte Nachrichten.

— Nach einer Nachricht aus Laht vertheilen sich die Prämien für den „Lahrer Hinfenden Voten“ wie folgt: Erste Prämie: 60 Thlr., Nr. 265,681. Zweite Prämie: 50 Thlr., Nr. 438,661. Dritte Prämie: 40 Thlr., Nr. 474,261. Vierte Prämie: 30 Thlr., Nr. 343,464. Fünfte Prämie: 20 Thlr., Nr. 507,205. Sechste Prämie: 2 Thlr. 25 Sgr., Nr. 78,783.

— Stuttgart, 20. März. Der „Staats-Anz.“ schreibt: Ueber die Grundzüge uneres Offiziers-Bildungswesens in seiner demnächst in's Leben tretenden neuen Gestalt werden uns von verlässiger Seite die folgenden Grundzüge mitgeteilt: Jedermann, der in Württemberg Offizier werden will, hat zur Erlangung der hierfür erforderlichen kriegerischen Ausbildung den 11monatlichen Kursus der Portepeschnerschule zu durchlaufen. Der Weg zur Portepeschnerschule führt entweder durch die Kadettenschule oder durch das Regiment. Entweder also tritt der Jüngling nach vollendetem 15. Lebensjahre in die Kadettenschule, erhält darin während 2 1/2 Jahren eine diesem Alter entsprechende allgemein-wissenschaftliche Bildung ana-

log dem Realgymnasium, und wird dann auf Grund der als Portepeschnerschule geltenden Austrittsprüfung und zum Zweck der praktischen Ausbildung für die Dauer eines halben Jahres zum Regiment kommandirt, worauf der Eintritt in die Portepeschnerschule erfolgt. Oder aber, es tritt der Jüngling nach vollendetem 17. Lebensjahre unmittelbar in das Regiment, um dann nach Verlauf eines halben Jahres und auf Grund der Portepeschnerschuleprüfung oder einer ihr gleichwertigen Maturitätsprüfung in die Portepeschnerschule einzutreten. Nach vollendetem Kursus in der Portepeschnerschule ist die Offiziersprüfung zu bestehen, welche über das Dienstalter als Offizier entscheidet, und auf Grund welcher die Ernennung zum Offizier erfolgt. Die wissenschaftlichen und sonstigen Anforderungen, welche bei der Aufnahmeprüfung in die Kadettenschule, bei der Portepeschnerschuleprüfung und bei der Offiziersprüfung gestellt werden, sowie alle Bestimmungen über den Aufenthalt in der Kadettenschule und Portepeschnerschule überhaupt sind in dem neuentworfenen Organisationsstatut für die württembergische Kriegsschule enthalten, von welchem demnächst ein Auszug im Regierungsblatt erscheinen soll. Im Zusammenhang hiemit wird in Bälde an junge Leute im Alter von 18 Jahren und darüber ein Aufruf zum Betreten der Offizierslaufbahn durch Erhebung der Portepeschnerschuleprüfung oder mittelst Nachweises einer erstandenen Maturitätsprüfung ergehen. Bei dieser Prüfung, welche erstmals Ende April stattfinden und sich im Herbst wiederholen wird, werden ermäßigte Anforderungen gestellt, und es kann dieselbe zum Zweck des Eintritts in die Portepeschnerschule im Herbst 1868 ebensoviele, als im Herbst erstanden werden. In beiden Fällen hat aber der Eintritt in ein Regiment alsbald zu geschehen, weil dem Studium der Kriegswissenschaften in der Portepeschnerschule die praktische Ausbildung im Regiment mindestens während eines halben Jahres vorangegangen sein muß. Die solchermassen im Herbst 1868 in die Portepeschnerschule eintretenden jungen Leute werden dann nach Ablauf des 11monatlichen Kursus im Herbst 1869 als Leutnants in die Linie übertritten. Alles Nähere hierüber wird der in Aussicht stehende Aufruf und der für das Regierungsblatt bestimmte Auszug aus dem Organisationsstatut der Kriegsschule enthalten.

— Stuttgart, 23. März. Der „W. Staatsanz.“ erklärt, daß das Gerücht, die Regierung habe aus dem Dispositionsfonds 10,000 fl. ausgegeben, um damit auf die Wahlen zu wirken, allen und jeden Grundes entbehre.

— München, 21. März. (Südd. Fr.) Die königl. preussische Regierung hat unterm 12. Febr. d. J. der bayerischen Aktiengesellschaft der psälischen Nordbahnen die nachgeforderte Konzeption für die in das preussische Gebiet fallende Strecke der Alsenzahn gemäß den Bestimmungen des einschlägigen Staatsvertrags zwischen Bayern und Preußen vom 28. Okt. 1865 ertheilt.

— Wiesbaden, 22. März. (Mittelb. Ztg.) Den Arbeitern und Dienern am hiesigen königl. Theater hat der König eine Heuerunterstützung von 3000 Thlr. aus der königl. Chaussee bewilligt.

— Berlin, 23. März. (N. Pr. Ztg.) In Betreff der Spielfrage hat der Minister des Innern an die Wiesbadener Kurhaus-Administration ein Schreiben gerichtet, in welchem er mittheilt, daß an dem vom 5. März publizirten Gesetz, das Verbot des Sonntagspiels betreffend, feigehalten werden müsse; daß er, in Bezug auf die von den Direktoren Schwend und Kayh gemachten Vorschläge, sich nicht für befugt erachte, das Winterspiel für die Monate Januar, Februar und März zu befrachten, und daß er der Administration demnächst die Bedingungen eröffnen werde, unter denen ein Wiedereröffnen des Spiels in Wiesbaden vom 1. April 1868 gestattet sei.

— Wien, 23. März. In der Generalversammlung der Boden-Kreditanstalt wurde die Superdividende auf 17 1/2 Francs festgesetzt und der Reservefond auf eine Million Gulden in Silber erhöht.

— Lüttich, 22. März. Prinz Napoleon besichtigte gestern die hiesigen Waffenfabriken.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Simbra“, Kapl. Haack, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfabrik-Aktiengesellschaft, ging, erpebirt von Hrn. August Bolten, William Miller's Nachf., am 18. März von Hamburg via Southampton nach Neu-York ab. Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 69 Passagiere in der Kajüte und 576 Passagiere im Zwischendeck, sowie 300 Tonn Ladung.

Für die Rothschilden in Ostpreußen ist weiter bei uns eingegangen: Bon J. L. 1 fl. 45 kr. Ferner speziell für die Gemeinde Gobiency von J. L. 1 fl. 45 kr., von A. St. 1 fl., zusammen 2 fl. 45 kr. Im Ganzen 1092 fl. 29 kr. Zur Empfangnahme weiterer Geldbeträge sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 24. März 1868.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Frankfurt, 24. März, 2 Uhr 36 Min. Nachm. Destr. Kreditaktien 195, Staatsbahn-Aktien 260, National 55, Steuerfreie 51 1/2, 1860r Loose 72 1/2, Destr. Valuta 103, 4proz. bad. Loose 98 1/2, Amerikaner 75 1/2, Gold 138 1/2.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

21. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 0,17"	+ 2,0	S.W.	schw. bew.	Sonnensch., Reif
Mittags 2 "	" 0,23"	+ 9,0	"	"	" kühlere S.W.
Nachts 9 "	" 0,50"	+ 6,0	"	ganz "	trüb, frisch
22. März.					
Morgens 7 Uhr	28° 0,70"	+ 4,5	S.W.	schw. bew.	Sonnensch., kühl
Mittags 2 "	" 0,30"	+ 9,5	"	"	" mild
Nachts 9 "	27° 11,93"	+ 5,0	"	"	sternhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 26. März. 2. Quartal. 43. Abonnementsvorstellung. **Der Freischütz**, romantische Oper in 3 Akten, von K. M. v. Weber. „Agathe“ — Fräul. Köppler aus Berlin. Anfang 1/2 7 Uhr, Ende gegen 1/2 10 Uhr.

### Theater in Baden.

Mittwoch 25. März. **Die Cavaliere**, Schauspiel in 5 Akten, von G. v. Meyern.

